**Erlaß des Führers und Reichskanzlers
über die Sommer- und Winterstärke des Reichsarbeitsdienstes
und über die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend.**

Vom 24. November 1937.

Zu den §§ 3 und 9 des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 26. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 769) bestimme ich in Ergänzung meines Erlasses vom 26. September 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 747):

Artikel 1

(1) Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes ist ab 1. Oktober 1938 für die Winterquote auf $\frac{2}{5}$, für die Sommerquote auf $\frac{3}{5}$ der jährlich einzuberufenden Dienstpflichtigen zu bemessen.

(2) Dementsprechend ist der organisatorische Rahmen des Reichsarbeitsdienstes von dem bisherigen Fassungsvermögen für $\frac{1}{2}$ der Jahrgangsstärke auf ein Fassungsvermögen von $\frac{3}{5}$ der Jahrgangsstärke zu erweitern.

Artikel 2

Die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist bis zum 1. April 1939 auf 30 000 Arbeitsmädchen (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

Berlin, den 24. November 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Gesetz gegen die Schwarzsender.

Vom 24. November 1937.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Strafandrohung

- (1) Der Schwarzsender wird mit Zuchthaus bestraft.
- (2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis.

§ 2

Schwarzsender

Schwarzsender ist,

1. wer ohne vorherige Verleihung der Deutschen Reichspost eine Funkfendeanlage errichtet oder betreibt;
2. wer eine Verleihung der Deutschen Reichspost zum Errichten oder Betreiben einer Funkfendeanlage hat, die Anlage aber zu Übermittlungen benutzt, die in der Verleihung der Deutschen Reichspost nicht erlaubt sind;

3. wer eine Funkempfangsanlage entgegen ihrer Bestimmung unerlaubt zum Aussenden von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen verwendet.

§ 3

Fahrlässiges Schwarzsenden

Wer eine der Handlungen des § 2 fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 4

Herstellung, Vertrieb, Besitz
von Funkfendeanlagen

- (1) Wie ein Schwarzsender wird bestraft,

1. wer Funkfendeanlagen herstellt, ohne die Verleihung der Deutschen Reichspost hierzu zu haben;
2. wer betriebsfähige Funkfendeanlagen einführt, feilhält, vertriebt oder sonstwie an andere abgibt, ohne die Verleihung der Deutschen Reichspost hierzu zu haben;

3. wer eine betriebsfähige Funkseudeanlage in Besitz, Gewahrsam oder Verwahrung nimmt und weder die Verleihung der Deutschen Reichspost zum Besitz, Gewahrsam oder zur Verwahrung dieser Anlage,

noch die Verleihung der Deutschen Reichspost zum Errichten oder Betreiben dieser Anlage, noch eine Verleihung nach Ziffer 1 oder 2 hat.

(2) Auf Grund einer Verleihung nach Abs. 1 Ziffer 1 oder 2 darf eine betriebsfähige Funkseudeanlage dann nicht in Besitz, Gewahrsam oder Verwahrung genommen werden, wenn die Verleihung etwas anderes bestimmt oder auf andere Funkseudeanlagen beschränkt ist.

(3) Wird eine der im Abs. 1 bezeichneten Handlungen fahrlässig begangen, so ist die Strafe Gefängnis.

(4) Die Verleihungen (Abs. 1) sind widerruflich; sie können unter Auflagen (Verleihungs- oder Genehmigungsbedingungen) erteilt werden.

§ 5

Funkseudeanlage

(1) Was Funkseudeanlagen sind, bestimmt sich nach den Vorschriften des Fernmelderechts (Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 — Reichsgesetzbl. I S. 8).

(2) Als betriebsfähig gilt eine Funkseudeanlage auch dann, wenn einzelne, ersichtbare Teile oder einzelne Verbindungen noch fehlen oder wieder entfernt worden sind.

§ 6

Genehmigung, Sendeerlaubnis

Eine Verleihung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen kann auch als Genehmigung oder Erlaubnis bezeichnet werden.

§ 7

Einziehung

(1) Gegenstände, die zum Schwarzsenden (§ 2) bestimmt gewesen oder dazu gebraucht worden sind, werden eingezogen ohne Rücksicht darauf, wem sie gehören.

(2) Von der Einziehung kann der Richter absehen, wenn die Tat fahrlässig begangen ist oder wenn die Gegenstände ohne Schuld des Berechtigten zum Schwarzsenden bestimmt gewesen oder dazu gebraucht worden sind.

(3) In den Fällen des § 4 können die Funkseudeanlagen eingezogen werden, die hergestellt, eingeführt, feilgehalten, vertrieben, abgegeben worden sind oder die im Besitz, Gewahrsam oder in der Verwahrung des Täters gewesen sind.

(4) Die Einziehung kann selbständig angeordnet werden, wenn keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden kann, im übrigen aber die Voraussetzungen der Absätze 1, 3 erfüllt sind.

§ 8

Durchführungsvorschriften

Der Reichspostminister erläßt die zur Durchführung nötigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 9

Übergangsvorschriften

(1) Wer zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes Funkseudeanlagen herstellt, einführt, feilhält, vertreibt, sonst an andere abgibt, in Besitz oder Gewahrsam hat oder verwahrt, ohne die nach § 4 erforderliche Verleihung zu haben, hat die Verleihung binnen der nach § 8 bestimmten Frist bei einer Reichspostdirektion schriftlich zu beantragen. Hat er die Verleihung fristgemäß beantragt, so darf er bis zur Entscheidung über die Verleihung die Anlagen weiter herstellen, einführen, feilhalten, vertreiben, abgeben, sie weiter in Besitz, Gewahrsam oder in Verwahrung behalten.

(2) Parteidienststellen oder Dienststellen von Parteigliederungen haben binnen der Frist (Abs. 1) dem Stellvertreter des Führers die Anlagen und Geräte zur Verfügung zu stellen. Die Verfügung über die Geräte oder die Entscheidung über eine Verleihung nach § 4 wird in diesen Fällen gemeinsam vom Stellvertreter des Führers, dem Reichspostminister und dem Reichskriegsminister getroffen.

§ 10

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. November 1937.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichspostminister

Ohnesorge

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gürtner